

## **Antrag**

**der Abgeordneten Michael Neumann, Dr. Michael Naumann, Ingo Egloff, Dr. Martin Schäfer, Britta Ernst, Elke Badde, Jan Balcke, Ksenija Bekeris, Thomas Böwer, Ole Thorben Buschhüter, Wilfried Buss, Bülent Ciftlik, Gabriele Dobusch, Anja Domres, Dr. Andreas Dressel, Barbara Duden, Gunnar Eisold, Günter Frank, Andy Grote, Uwe Grund, Metin Hakverdi, Dirk Kienscherf, Rolf-Dieter Klooß, Martina Koeppen, Anne Krischok, Philipp-Sebastian Kühn, Gerhard Lein, Arno Münster, Christel Oldenburg, Dr. Mathias Petersen, Thies Rabe, Wolfgang Rose, Andrea Rugbarth, Dr. Monika Schaal, Jana Schiedek, Stefan Schmitt, Sören Schumacher, Karl Schwinke, Dr. Dorothee Stapelfeldt, Carola Thimm, Karin Timmermann, Juliane Timmermann, Dr. Peter Tschentscher, Carola Veit, Thomas Völsch (SPD)**

**Betr.: Gute Arbeit verdient faire Löhne – Hamburg setzt sich für einen gesetzlichen Mindestlohn ein**

Immer mehr Menschen in Deutschland können trotz Arbeit ihren Lebensunterhalt nicht eigenständig sichern. In Hamburg erhalten rund 30.000 Menschen, die erwerbstätig sind ergänzende Sozialleistungen. Viele Expertinnen und Experten gehen davon aus, dass die Zahl derjenigen, die so wenig verdienen, dass sie eigentlich Anspruch auf staatliche Zuschüsse hätten, weit höher liegt. Vor allem bei Bewachungsdiensten, im Friseurhandwerk, bei der Zeitarbeit und bei Reinigungsdiensten in Hotels gibt es erhebliche Probleme mit einer angemessenen Bezahlung.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat den Senat wiederholt aufgefordert zu handeln und unter anderem eine Bundesratsinitiative aus Rheinland-Pfalz für einen gesetzlichen Mindestlohn zu unterstützen. Der Senat blieb untätig. Dabei nimmt die Zahl derjenigen, die in Hamburg ihren Lebensunterhalt nicht vollständig selbst sichern können, noch zu. Die Arbeitslosigkeit geht zwar aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung im Bund wie in Hamburg zurück, die Zahl der Bedarfsgemeinschaften, derjenigen die Arbeitslosengeld II beziehen und auch die Zahl der Kinder, die in diesen Familien leben und Sozialgeld bekommen, ist aber im Jahresvergleich fast unvermindert hoch und stieg in den letzten Monaten sogar noch an.

Der Bundesarbeitsminister hat am 11. Januar 2008 zwei Gesetzesentwürfe vorgelegt, die branchenspezifische Mindestlöhne ermöglichen sollen. Obwohl dieses den Vereinbarungen der Koalition entspricht, haben Bundeskanzlerin und Bundeswirtschaftsministerium grundsätzliche Bedenken angemeldet. Die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben keine Zeit mehr zu warten; sie haben ein Recht, für ihre Arbeit endlich angemessene Löhne zu erhalten. Hamburg muss aktiv werden.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:**

1. Die Bürgerschaft hält die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns für erforderlich.
2. Der Senat wird aufgefordert, unverzüglich eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, mit dem Ziel, gesetzliche Mindestlöhne einzuführen.